



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Das Wandern ist des Müllers Lust

Cheneval, Francis

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-95188>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Cheneval, Francis. Das Wandern ist des Müllers Lust. In: Neue Zürcher Zeitung, 19, 14 January 2014, 21.

Das Wandern ist des Müllers Lust

Die europäische Integration hat neben dem freien Verkehr von Waren und Geld das Recht der Menschen, sich frei zu bewegen, neu zur Geltung gebracht. Die Schweiz ist mit diesem ausgewogenen System verbunden und hat davon profitiert. Auf Probleme reagiert der Staat mit Vorteil nicht mit Migrationsplanung. Von Francis Cheneval

Migration entspricht dem natürlichen Recht der Menschen, sich frei zu bewegen, führt zur genetischen Auffrischung der Bevölkerung, bereichert Kultur und Bildung, verhindert die Erstarrung der Staaten zu grossen Käfigen, dynamisiert die Wirtschaft, verjüngt die Gesellschaften. Einwanderungsländer sind durchwegs Erfolgsstorys. Das Wandern ist des Müllers Lust. Gemessen an der sesshaften Bevölkerung ist Migration aber trotzdem kein Massenphänomen. Das Territorialitätsprinzip für die Sprache zwingt das formelle Recht auf Personenfreizügigkeit in ein enges Korsett oder führt zur Anpassung. Anders lässt sich die Erhaltung unserer Dialekte und der sprachlichen Identität der Romandie und des Tessins nach über 180 Jahren Niederlassungsfreiheit (mit Ausnahme der Juden) in Helvetik und Bundesstaat nicht erklären.

Schutz mit den richtigen Mitteln

Damit wird auch ein Hauptpunkt der Migrationsproblematik klarer. Wie nicht anders zu erwarten, hat Migration Schattenseiten. Kosten und Nutzen verteilen sich ungleich. Es ist dabei aber wie beim Handel. Wenn jeder Staat versucht, nur den Nutzen zu sichern und die Kosten durch Abschottung auf andere abzuschieben, dann zeitigt dies über kurz oder lang negative Folgen für alle.

Ein gemeinsames Migrationsmanagement der Staaten mit Anpassungen der Systeme der sozialen Sicherheit ist die für alle vorteilhafte Gangart. Es gilt staatliche Schutzfunktionen wahrzunehmen, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Probleme in ihrer Proportion richtig zu beurteilen und mit ihnen adäquat umzugehen, erfordert differenzierte Regierungskunst und gezielte Einzelmassnahmen. Diese sind meistens effizient, wenn sie nicht direkt auf die Migration zielen, obschon sie auf Probleme antworten, die mit der Migration auftreten. Der Schutz der kulturellen und sprachlichen Identität zum Beispiel wird nicht mit einer Eindämmung der Migration durch Quoten, sondern durch das sprachliche Territorialitätsprinzip gewährleistet. Dies gilt für die Schweizer Kantone ebenso wie für den Rest Europas. Mit sicherem Instinkt hat die Schweizer Bevölkerung deshalb bisher jede «Überfremdungsinitiative» abgelehnt.

Für weitere mit der Migration in Bezug gebrachte Probleme ergibt sich ein ähnliches Bild, seien es die Mieten, die durch eine Bindung an den Hypothekarzins effektiver gesenkt werden könnten als mit Einwanderungsquoten (so man dies will), oder die Zersiedelung, die eine Frage der Zonenplanung ist. Wer die Umwelt wie stark verschmutzt, hängt nicht vom Pass, sondern vom Lebensstil ab. Und um unsere Strassen, Züge, Pisten zu leeren, müssten wir ohnehin nicht nur die Arbeitsmigration, sondern auch den Tourismus einschränken. Auch hier sind Technologie- und

Infrastrukturanpassungen die bessere Lösung.

Die Einwanderung in den Sozialstaat ist manchmal ein Problem von Systemen, in denen bedingungslose Ansprüche bestehen. Das gilt gerade nicht für das Schweizer Sozialversicherungssystem, das von der höheren Zahl von Beitragenden insgesamt profitiert. Die Vorstösse innerhalb der EU, etwa von Premierminister Cameron, zielen auf eine Reform unbedingter Sozialleistungen für Migrierende. Von einer Kontingentierung der Migration ist nicht die Rede, nur von einer besseren Abstimmung der Sozialstaaten aufeinander.

Im Europa des späteren 19. Jahrhunderts hatte sich die Migration nach der Vernetzung des Kontinents durch die Eisenbahn dermassen normalisiert, dass nicht nur Passkontrollen, sondern sogar die Pässe in Vergessenheit gerieten. Europa prosperierte, war aber von grossen sozialen Ungleichheiten und einem institutionellen Defizit im zwischenstaatlichen Bereich gekennzeichnet. Mit dem Ersten Weltkrieg fand diese Welt ein abruptes Ende. Auf das Europa der Freizügigkeiten folgte das Europa der Stacheldrähte, Schützengräben, Grenzmauern und Aufenthaltskontingente.

Libérale Errungenschaften der EU

Aus dieser Verdunkelung hat sich Europa erst nach dem Zweiten Weltkrieg befreit. Und zwar durch die Integration in der damaligen EWG, deren Kernstück die vier Freizügigkeiten von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen bildeten. Es hat einen Sinn, dass nicht nur das Kapital frei über Grenzen fliesst, sondern dass in erster Linie die Menschen die Freiheit haben, sich zu bewegen. Im Besitz dieser Grundfreiheit sind sie weniger von einzelnen Arbeitgebern abhängig. Ihre Familien werden nicht auseinandergerissen. Intakte Familien gelten ja mit Recht als sicherer Wert einer jeden Gesellschaft. Ferner hat es einen Sinn, dass multilaterale Institutionen den Staaten Hand bieten, Kosten und Nutzen der Freizügigkeiten auszu-tarieren. In dieses europäische System hat sich die Schweiz mit den bilateralen Abkommen so gut eingepasst, dass sie die grösste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren erstaunlich wacker überstand.

Personenfreizügigkeit ist ein wesentliches Element dieser Konstellation. Eine Migrationsquote zeitigt über kurz oder lang unbeabsichtigte Negativfolgen. Niemand kennt die optimale Zahl für ein Land. Falls es sie gibt, ist sie aufgrund des Technologiewandels ohnehin nicht fix. Und ganz sicher ist eine zentrale Planungsbehörde schlechter als die einzelnen Unternehmen imstande, die «richtigen» Migranten auszuwählen. Eher entstehen aus staatlichem Quotenmanagement Planungsunsicherheit und bürokratische Leerläufe in den Firmen.

Eine Annahme der Initiative zur unilateralen Kontingentierung der Einwanderung auf einem periodischen G-1-Gipfel in Bern wäre also eine Überraschung, denn die Schweizer Stimmbürger

pflegen in der Regel nicht am Ast zu sägen, auf dem sie sitzen. Von Chaos und Arbeitslosigkeit, von Massenarmutsmigration kann nicht die Rede sein. Frei nach Franklin D. Roosevelt ausgedrückt: Das Einzige, wovor die Schweizer wirklich Angst haben müssen, ist ihre eigene Angst.

.....
Francis Cheneval ist Professor für Politische Philosophie an der Universität Zürich.